

Antrag

des Abgeordneten Enrico Komning, Dr. Heiko Hessenkemper, Hansjörg Müller, Steffen Kotré, Tino Chrupalla, Leif-Erik Holm, Marcus Bühl, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel, Uwe Witt und der Fraktion der AfD

Holz für die heimische Bauwirtschaft – Die mittelständische Wirtschaft wirklich schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Bundestag stellt fest:

In den letzten Monaten kam es zu erheblichen Preisanstiegen und zu einer Verknappung des Angebotes an Baumaterialien, wie beispielsweise Holz, auf dem Weltmarkt. Zurückzuführen ist dies auf die USA und China, die derzeit die größten Importeure von Holz sind. Die erheblichen Preissteigerungen und Preisschwankungen resultieren aus einem sich gegenseitigen Überbieten beider Länder bei den Holzpreisen. Ausschlaggebend dabei ist die aktuelle Situation des weltweiten Holzmarktes, der u. a. durch die schwerwiegenden Waldbrände in Kalifornien und den Schädlingsbefall in Kanada auf der Angebotsseite stark eingeschränkt ist. China, welches eine enorme Nachfrage nach Rohstoffen zu befriedigen hat, fällt das benötigte Holz vertraglich vereinbart selbst in den deutschen Wäldern, wie dem Westerwald, der Eifel oder dem Sauerland und verschifft es selbstständig in die Volksrepublik China. Die auf diese Weise geschlagene und exportierte Menge an Holz widerspricht grundsätzlich einem nachhaltigen Umweltgedanken. Der Export von Holz bezieht sich zum überwiegenden Maße auf langsam wachsendes Eichen- und Buchenholz, also hochwertigem Hartholz, in Form von Rundholz. Es wächst zu langsam nach, um die Nachfrage am Weltmarkt dauerhaft zu befriedigen, ohne den eigenen Baumbestand unserer Wälder dauerhaft zu schädigen.¹ Richtig ist zwar auch, dass Deutschland ein Nettoimporteur von Holz ist. Dieses bezieht es allerdings überwiegend von seinen nordeuropäischen Nachbarn, also aus dem EU-Binnenmarkt, in Form von bearbeitetem Nadelholz.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass der deutsche Holzmarkt und somit unsere Wälder leergekauft werden, ohne dass Rücksicht auf die heimische Bauwirtschaft und Bevölkerung genommen wird. Ein Beispiel: Die Preise für Dachlatten sind von ca. 0,70 Euro auf 2,50 Euro, also auf das Dreifache gestiegen. Damit einhergehend steht der massive

¹ Handwerksblatt.de, Holzkrise und Materialknappheit: „Eine katastrophale Situation“, www.handwerksblatt.de/betriebsfuehrung/holzkrise-eine-katastrophale-situation

Produktionsrückgang der deutschen Betriebe für Baumaterialien, wie z. B. Sägewerke.²

Die Bundesregierung muss jetzt reagieren, um einen Ausverkauf unserer Ressource „Wald“ zu verhindern, um unsere Umwelt nicht dauerhaft zu schädigen und unseren Wald zu bewahren. Als größter Waldbesitzer ist der Staat verpflichtet, die Lebensgrundlage der Bevölkerung für jetzige und zukünftige Generationen zu schützen.

Zusätzlich muss in der aktuellen Situation, des sich verändernden internationalen Holzmarktes, berücksichtigt werden, dass es aufgrund von bereits angekündigten Exportbeschränkungen ab dem 01.01.2022 in Bezug auf unbearbeitetes und nur grob bearbeitetes Nadelholz sowie wertvollem Laubrundholz (hochwertiges Hartholz) und einer weiter bestehenden Verknappung der Ressource Holz aufgrund von Kalifornischen Waldbränden etc. es zu einer bleibenden Anspannung des weltweiten Holzmarktes kommen kann.³ Die hohe Nachfrage aus China und dem asiatischen Raum nach unbearbeitetem Rundholz wird zu einer weiteren Verschiebung der Markt- und Preisverhältnisse führen. Dies wird auch Auswirkungen auf die Nachfrage nach deutschem Rundholz haben, die größtenteils aus den Wäldern, die sich im Eigentum der Bundesländer befinden, gedeckt wird. Der bewusst geförderte Export von auf dem deutschen Markt nur schwer absetzbaren Kalamitätenholz aus Waldschäden ist ein separates Thema und langfristig nur von untergeordneter Bedeutung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind in diesem Zusammenhang mehr als vielfältig. Die aktuelle Situation auf dem Holzmarkt setzt die deutsche Bauwirtschaft erheblich unter Druck. Tischler, Zimmerleute, Dachdecker u. a. können aufgrund der Preisunsicherheit keine belastbaren Angebote für ihre Auftragnehmer erstellen. Die Angebote werden oftmals mit dem Zusatz abgegeben, dass sie nur kurze Zeit gültig sind, da der Zugang zum Rohstoff Holz und anderen Baumaterialien vollkommen ungewiss ist. Kleine und mittelständische Betriebe betreiben in der Regel keine größeren Eigenlager, sondern nutzen in normalen Zeiten ihren Fachhändler als Lager. Für eine Lagerhaltung stehen ihnen keine entsprechenden wirtschaftlichen Kapazitäten in Form von Lagerräumen oder finanziellen Mittel zur Verfügung. Stehen einem Fachhändler die benötigten Baumaterialien nicht zur Verfügung, müssen die kleinen und mittelständischen Betriebe ihre Arbeit einstellen. Eine Reihe von Betrieben verfügen über volle Auftragsbücher, stehen jedoch wegen der Holzknappheit vor der Insolvenz. Andere Betriebe sind gezwungen Kurzarbeit anzumelden.⁴ Diese marktwirtschaftlichen Ungleichgewichte, führen zu einer nachhaltigen Schädigung unserer mittelständischen Wirtschaft, insbesondere der Holzverarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft.

Generell ist zu hinterfragen, inwiefern die immer weiter zunehmende Flut an Bauvorschriften, die zurückzuführen ist auf die Energiewende, die zur „Klimarettung“ beitragen soll, zu einer Verknappung der Werkstoffs Holz und anderer Baumaterialien beiträgt. Auch für Sand, Kies, Zement, Fensterglas sind vergleichbare Preis- und Beschaffungskostenentwicklungen zu verzeichnen, die zu einem dauerhaften, nicht reparablen Schaden unserer Volkswirtschaft führen können, da wir zum Erwerb dieser Ressourcen bei Bedarf am Weltmarkt aufgrund fehlender eigener und bereits verkaufter Ressourcen als Käufer, im Wettbewerb mit den USA oder China, agieren müssen, um unseren Bedarf zu decken.⁵

² www.handwerksblatt.de/betriebsfuehrung/holzkrise-eine-katastrophale-situation, www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft/preisschock-auf-baustellen-baumaterialien-werden-teurer-doc7fispncdops4cg0fli9, www.ndr.de/radiomv/podcasts/Baubranche-bangt-knappes-Material-und-zu-hohe-Preise,dorfstadt-kreis108.html

³ www.forstpraxis.de/russland-plant-rundholz-exportverbot/

⁴ www.handwerksblatt.de/betriebsfuehrung/holzkrise-eine-katastrophale-situation

⁵ www.bgvht.de/mitgliederbereich-startseite/aktuelle-entwicklung-preise-fuer-baustoffe-stahl-holz-und-dammstoffe/

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. Festverträge der öffentlichen Hand mit mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes insbesondere der Bauwirtschaft, um eine Preisgleitklausel für Rohstoffe zu ergänzen, damit eine Existenz- und Insolvenzgefährdung der Unternehmen verhindert wird. Für neu abzuschließende Verträge und Vereinbarungen zwischen der öffentlichen Hand und dem produzierenden Gewerbe sollten Preisgleitklauseln als Standard festgeschrieben werden;
 2. bei bestehenden Festverträgen der öffentlichen Hand mit mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes eine Verlängerung der Fristen für die Fertigstellung und für die Abgabe von Angeboten festzuschreiben sowie in Bezug auf die Verwendung von Fördermitteln eine Erweiterung der Genehmigung auszusprechen, um eine wirtschaftliche Gefährdung der Unternehmen zu verhindern;
 3. die langfristige Erforschung von Substituten für kritische Baumaterialien, insbesondere für Holz, zu betreiben, um mittelfristig eine Unabhängigkeit von Baumaterialien der Holzverarbeitenden Wirtschaft als Alternative für ähnliche Situationen zu erreichen.

Berlin, den 4. Juni 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

